

Präsidentenwahlen in Argentinien

Kontinuität ohne Votum

Susanne Gratius

Das wohl schlechteste Szenario ist eingetreten: Die Präsidentenwahlen haben nicht zur erhofften politischen Erneuerung und einer Rückkehr zur demokratischen Normalität geführt, sondern eine institutionelle Krise provoziert, die dem ohnehin angeschlagenen Land gerade noch gefehlt hat. Zuletzt brachte Ex-Präsident Carlos Menem die Argentinier um ihr demokratisches Recht zu wählen, als er in einer groß inszenierten Show seine Kandidatur zurückzog. Den Ausschlag gaben die schlechten Umfrageergebnisse, die ihm für den zweiten Wahlgang am 18. Mai eine vernichtende Niederlage voraussagten. Die Stichwahl fiel aus, und Menems ebenfalls peronistischer Gegenspieler Néstor Kirchner wurde automatisch neuer Präsident Argentiniens. Das ist ein schlechter Start für die Regierung, um die enormen politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu bewältigen.

Mit dem Verzicht von Carlos Menem und nur 22% der Stimmen aus der ersten Wahlrunde vom 27. April ist die demokratische Legitimation der neuen Regierung in Frage gestellt. Als a priori schwacher Präsident kann Néstor Kirchner – ohnehin ein Strohmann seines Amtsvorgängers Duhalde – die Regierbarkeit nur durch einen nationalen Konsens sichern, den es bisher in Argentinien nie gegeben hat. Hatte der scheidende Eduardo Duhalde als fünfter Präsident in nur einem Monat im Dezember 2001 das höchste politische Amt interimshalber übernommen, besteht nun die Gefahr, daß am 25. Mai wiederum nur eine neue Übergangsregierung antritt.

Menemismo versus Duhaldismo: Machtkampf zweier Erzrivalen

Bei den Präsidentenwahlen ging es weniger um die Entscheidung, wer das Land regieren wird, sondern um die Klärung der Machtverhältnisse innerhalb des Peronismus und seiner *Partido Justicialista* (PJ), die mit 60% der abgegebenen Stimmen endgültig ihre Position als dominante politische Kraft des Landes gefestigt hat.

In den Wahlen erreichte der seit Jahrzehnten ausgefochtene persönliche Machtkampf zwischen Übergangspräsident Eduardo Duhalde und seinem Erzrivalen Carlos Menem seinen Höhepunkt. Da man sich parteiintern nicht auf einen Kandidaten hatte einigen können, traten am 27. April gleich drei Politiker aus den

eigenen Reihen gegeneinander an. Erstmals wäre es zu einer Stichwahl zwischen zwei Peronisten gekommen, die Néstor Kirchner allen Umfrageergebnissen zufolge mit über 70% eindeutig für sich entschieden hätte. Damit hätten die Argentinier für das geringere Übel votiert, denn nach den persönlichen Qualitäten der Kandidaten gefragt, hatte Kirchner bei den Argentinern zwar nicht gut abgeschnitten, Menem aber ein verheerendes Ergebnis erzielt.

Aufgrund der italienischen Wurzeln der Einwanderung Argentinien herrschen in der Politik nahezu mafiose Strukturen: Zwei Familien und zwei Clanführer standen sich jahrzehntelang gegenüber und fochten auf Kosten der Argentinier einen persönlichen Machtkampf aus.

Eduardo Duhalde hat in seiner langen politischen Karriere alle wichtigen Funktionen innegehabt: Senator, Vizepräsident unter Menem, langjähriger Gouverneur der Provinz Buenos Aires und zuletzt – als kaum noch jemand zur Verfügung stand – Präsident. Er ist der Hauptverantwortliche für das Wahldebakel. Duhalde verhinderte eine Einigung auf einen peronistischen Kandidaten und ließ die parteiinterne Machtfrage durch die Präsidentschaftswahlen entscheiden. Eben dies wurde ihm von Menem zum Vorwurf gemacht und mußte unter anderem als Begründung für dessen Rücktritt herhalten. Die ursprünglich von Duhalde favorisierte Vorauswahl des peronistischen Kandidaten hatte er selbst wieder verworfen, als sein Widersacher Menem immer bessere Umfrageergebnisse erzielte und dem Favoriten Duhalde – damals noch José Manuel de la Sota – kaum Chancen auf einen Wahlsieg eingeräumt wurden. Schließlich unterstützte Duhalde den jetzigen Präsidenten Kirchner.

Noch vor den Präsidentschaftswahlen kündigte Duhalde seinen Rückzug aus der Politik an, um den Weg für die neue Generation frei zu machen. Er habe nach dem traumatischen Ende der Regierung von Fernando de la Rúa (1999–2001) lediglich als »Feuerwehrpräsident« gedient.

Sollte die Regierung seines Strohmanns Kirchner jedoch scheitern, könnte sich der 62jährige als erfahrener »Brandlöscher« bei den nächsten Wahlen wieder zur Verfügung stellen.

Sein Gegenspieler, der zehn Jahre ältere **Carlos Menem**, dürfte für das höchste politische Amt nach seinem freiwilligen Rückzug nicht mehr zur Verfügung stehen. Wie kein anderer verkörpert der Sohn syrischer Einwanderer eine Vergangenheit, die sein Kontrahent einmal als »Kreuzweg und Alptraum« bezeichnet hat. Menem, der das Land von 1989 bis 1999 regiert hatte, galt vielen als starke Führerfigur, die für Recht und Ordnung, aber auch für mehr Autoritarismus und gesellschaftliche Polarisierung steht. Dabei ist Menem für die Strafjustiz kein unbeschriebenes Blatt. Sein Amtsnachfolger de la Rúa hatte ihn wegen illegaler Waffengeschäfte zeitweilig unter Hausarrest stellen lassen, bis ihn die teilweise von ihm ernannten Richter freisprachen. Das von seiner Regierung propagierte Wirtschaftsmodell stellte eine radikale Kehrtwende von der traditionellen peronistischen Praxis des Staatsinterventionismus zum Neoliberalismus des Washington-Konsenses dar. Galt Menem den einen als Modernisierer des Landes, machten die anderen sein Modell der Festbindung des Peso an den Dollar – das sogenannte *currency board* – verantwortlich für das wirtschaftliche Desaster nach der Währungsabwertung im Januar 2002. Sein simpler Wahlslogan »unter Menem ging es uns besser« zog nicht. Menem hatte anscheinend das Langzeitgedächtnis der Argentinier unterschätzt, die sich sehr wohl daran erinnerten, daß sie die wirtschaftliche Misere vor allem ihm zu verdanken haben.

Das einzig positive Ergebnis der mißglückten Präsidentschaftswahlen in Argentinien war der glanzlose Abgang Carlos Menems von der politischen Bühne. Statt politisches Verantwortungsbewußtsein zu zeigen, ließ ihn seine persönliche Machtbesessenheit die letzte Karte ausspielen: die der Destabilisierungstaktik. Er präsentierte sich als Opfer einer Verleumdungs-

kampagne des Duhaldismo und behauptete, als Gewinner der ersten Wahlrunde, bei der er 24,45% erzielte, der eigentliche Präsident des Landes zu sein. Menem wörtlich: »Soll Kirchner doch seine 22% behalten, dafür habe ich das Volk hinter mir«. Für die meisten Argentinier gilt er durch den Stil seines Rückzugs als schlechter Verlierer. Statt die Zahl seiner Anhänger zu vergrößern, dürfte dieser letzte Akt eher den Gegnern Menems Auftrieb geben. Angesichts seines fortgeschrittenen Alters ist ein politisches Comeback Menems als starker Mann und Retter der Nation nicht mehr zu erwarten.

Die Wahlergebnisse

Im ersten Wahlgang am 27. April hatte keiner der fünf aussichtsreichsten Kandidaten viel mehr als die Hälfte des notwendigen Anteils von 45% der Stimmen erzielt. Apathie, Gleichgültigkeit, Skepsis und Resignation kennzeichneten das Klima während der Präsidentschaftswahlen. Leere Versprechungen und ein langweiliger Wahlkampf trugen nicht dazu bei, die Argentinier wieder für die Politik zu gewinnen. Zudem stand die alte Politikergarde zur Wahl: Menem, Kirchner als Zugpferd des Politveteranen Duhalde und Landesfürst Rodríguez Saá kandidierten für den Peronismus; der einstige Wirtschaftsminister López Murphy und die ehemalige Abgeordnete Elisa Carrió repräsentierten die Wählerschaft der Bürgerpartei (*Unión Cívica Radical*, UCR).

Wider Erwarten war die Wahlbeteiligung mit 80% recht hoch, ungültige Stimmen gab es kaum. Im Gegensatz zu ihren Politikern sind die Argentinier zur demokratischen Normalität zurückgekehrt. Nichts mehr war zu spüren von den Emotionen der landesweiten Proteste Ende 2001, die unter der wütenden Losung standen »que se vayan todos« (sie sollen alle verschwinden). **Der Präsident.** Als langjähriger Gouverneur einer kaum bevölkerten argentinischen Südprovinz war der 53jährige Rechtsanwalt *Néstor Kirchner* kaum bekannt. Noch

wenige Monate vor den Wahlen sagten ihm Umfragen gerade einmal 5% voraus. Den rasanten Aufstieg verdankt Kirchner seinem politischen Ziehvater Duhalde, der ihm den von ihm dominierten mächtigen politischen Apparat des Peronismus zur Verfügung gestellt hatte. Dies verschaffte Kirchner vor allem in der Wählerhochburg im Großraum Buenos Aires eine Mehrheit.

Ergebnis des ersten Wahlgangs (27. April)

Kandidat	Partei	Stimmen (%)
Carlos Menem	(PJ)*	24,45
Néstor Kirchner	(PJ)*	22,24
Ricardo López Murphy	MFR	16,37
Adolfo Rodríguez Saá	(PJ)*	14,11
Elisa Carrió	ARI	14,05
Leopoldo Moreau	UCR	2,34
Andere		7,5

* Zur Erläuterung der Klammern vgl. unten, S. 5.

Kirchner steht in der Tradition des historischen Peronismus und seines altbekannten Credos »Populismus plus Staatsinterventionismus«. Er regierte seit 1991 wie ein Landesfürst die abgelegene Provinz Santa Cruz, die ihren Wohlstand dem Ölreichtum verdankt. Bis kurz vor den Wahlen war der farblose Kirchner – dem seine Langweiligkeit und seine Vorfahren den Spitznamen »der Schweizer« eingetragen haben – im politischen Streit zwischen den altbekannten Veteranen kaum aufgefallen. Überraschend setzte er sich dann im Duhalde-Parteilügel gegen den ehemaligen Gouverneur von Córdoba, José Manuel de la Sota, durch.

Am 27. April trug Kirchner erneut einen zweifelhaften Sieg davon. Sein Wahlvehikel »Front für den Sieg« führte ihn zum Erfolg, der allerdings durch den Rückzug Menems geschmälert wurde. Symbol seiner Wahlkampagne war eine aufgehende Sonne, die politische Erneuerung suggerieren sollte. Auf die Frage, ob Kirchner politische Erneuerung repräsentiere, antwortete Duhalde ausweichend: »Er ist der einzige peronistische Kandidat, der noch nicht Präsident war. Er ist ein sehr ernsthafter

Schweizer, der nichts verspricht, was er nicht halten kann.« (*Clarín*, 9. 4. 2003). Zwei Episoden ließen Zweifel an Kirchners Integrität aufkommen: (1) Durch eine Reform der Provinzverfassung beseitigte er die Hürden, die seiner dritten Wiederwahl zum Gouverneur entgegenstanden; (2) kurz vor Ausbruch der Finanzkrise in Argentinien verlagerte er die Gelder seines Provinzhaushalts ins Ausland.

Als Strohmann Duhalde bestand Kirchners wichtigste politische Aufgabe darin, einen Sieg Menems zu verhindern und die Kontinuität der Politik seines Amtsvorgängers zu garantieren. Programmatisch steht Kirchner für weniger Korruption, mehr Ordnung und mehr Staat. Anstelle des neoliberalen Wirtschaftsmodells ist er dem neokeynesianischen verpflichtet und strebt eine moralische Erneuerung durch Korruptionsbekämpfung an. Unter dem Motto »zuerst Argentinien« will Kirchner statt der Großkonzerne die nationale Industrie fördern. Sein Regierungsprogramm beinhaltet die Verbesserung der staatlichen Leistungen und eine Erhöhung des Steueraufkommens – derzeit 15% des BIP – durch mehr Kontrollen. In der Außenpolitik will er sich für eine Revitalisierung des Mercosur einsetzen.

Vizepräsident ist der Rennbootfahrer und ehemalige Sport- und Tourismusminister Daniel Scioli, dessen Popularität das blasse Image Kirchners teilweise wettmacht. Der anerkannte Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, den Kirchner im Amt beläßt, könnte sich im Kabinett des unerfahrenen Präsidenten als eigentlicher Stabilitätsgarant erweisen.

Die Wahlverlierer. *Ricardo López Murphy* war der eigentliche Überraschkandidat: Mit 16,37% erzielte er nach Kirchner den dritten Rang. Damit war López Murphy jedoch hinter den Wahlprognosen zurückgeblieben, die ihn bereits als sicheren Kandidaten für die Stichwahl gehandelt hatten. Vielen Argentinern war der ehemalige Verteidigungs- und kurzzeitige Wirtschaftsminister unter Präsident de la Rúa durch seinen harten, unpopulären Sparkurs und

den Niedergang der UCR-Regierung negativ in Erinnerung geblieben.

Politisch steht der konservative Ökonom irischer Herkunft der UCR nahe, der er bis zum Sturz von Fernando de la Rúa angehörte. Anschließend war er aus der Partei ausgetreten, um eine eigene politische Bewegung zu gründen, das *Movimiento Federal Recrear* (MFR). Das MFR-Programm zielt auf die Reform des politischen Systems und die Rückkehr zu einem ultraorthodoxen Wirtschaftskurs. López Murphy konnte vor allem die Stimmen der Nichtperonisten und Protestwähler auf sich vereinen. Aufgrund seiner Position außerhalb des traditionellen Parteiensystems könnte er sich auf Dauer als eigentliche politische Alternative zum Peronismus profilieren. Zudem werden viele Wähler, die das Wirtschaftsprogramm des Ex-Präsidenten Menem befürworteten, nach dessen Abgang von der politischen Bühne zu López Murphy überlaufen.

Adolfo Rodríguez Saá belegte mit einer sehr knappen Mehrheit den vierten Rang. Der gelernte Anwalt profilierte sich innerhalb des Peronismus als unabhängiger Kandidat. Rodríguez Saá ist wie Kirchner ein typischer Landesfürst. Fünf Mal wurde er als Gouverneur der Provinz San Luis gewählt, die seine Familie seit 1860 wie ein Feudo regiert. Mit seinem Hang zum Populismus reiht sich Rodríguez Saá in die Garde des historischen Peronismus ein. Damit sichert er sich zwar eine traditionelle Wählerbasis, wird sie aber kaum ausbauen können.

Elisa Carrió, die einzige weibliche Kandidatin, kam auf einen knappen fünften Platz. Sie profilierte sich als Kandidatin des Linksbündnisses ARI (*Afirmación por una República de Iguales*), das 2002 nach dem Rücktritt des damaligen Vizepräsidenten Chacho Álvarez und der De-facto-Auflösung der von ihm dominierten Linksallianz Frepaso (*Frente País Solidario*) entstanden war. Carrió trat in die politischen Fußspuren von Álvarez, der wichtigsten Integrationsfigur der Linkspersonisten. Elisa Carrió steht für eine moralische Erneuerung und eine soziale Demokratie. Noch im Juni 2002

erzielte sie in Umfragen mit 19,3% das beste Ergebnis, fiel aber im Verlauf der Wahlkampagne in dem Maße zurück, in dem das Thema Korruptionsbekämpfung an Relevanz verlor. Carrió kündigte eine konstruktive Haltung gegenüber der ihr programmatisch nahestehenden Regierung Kirchner an.

Leopoldo Moreau, Kandidat der radikalen Bürgerpartei UCR, war mit kläglichen 2,3% der eigentliche Wahlverlierer. Die nach dem Sturz des von der UCR gestellten Präsidenten Fernando de la Rúa politisch bedeutungslos gewordene Partei konnte sich erst spät auf einen Präsidentschaftskandidaten einigen und stand vor ähnlichen Schwierigkeiten wie die Peronisten. Moreau aus der Provinz Buenos Aires war ein blasser Kandidat, der zu keinem Zeitpunkt eine Chance hatte. Die Rolle der UCR im argentinischen Parteiensystem wird jetzt durch die Bewegung des Abtrünnigen Ricardo López Murphy ausgefüllt werden.

Krise der Parteien: Peronistische Einparteienherrschaft ohne Einheit?

Das argentinische Parteiensystem läßt sich nicht mit europäischen Maßstäben messen. Seine Besonderheit besteht darin, daß es anstelle von Programmparteien bis Ende der achtziger Jahre zwei zentrale politische Bewegungen mit unterschiedlichen ideologischen Flügeln gab: Peronisten (PJ) und Radikale (UCR). Erstere verfügen durch ihren populistischen Parteigründer Domingo Perón eindeutig über eine größere Machtbasis im Land. Die Radikalen, die auf eine hundertjährige und damit weitaus längere Geschichte zurückblicken, dienten seit Ende der achtziger Jahre vor allem als Sammelbecken für alle Nicht-Peronisten. Das traditionelle Zweiparteiensystem wurde Anfang der neunziger Jahre durch das Linksbündnis Frepaso erweitert.

Spätestens mit dem Sturz de la Rúas im Dezember 2001 geriet dieses politische Gefüge aus dem Lot. Die linke Allianz Frepaso und die UCR haben sich nahezu aufgelöst, und die peronistische Partei

schaffte es nicht, den ohnehin losen internen Zusammenhalt zu bewahren. Argentinien gleicht sich zusehends den lateinamerikanischen Nachbarländern an:

Es geht nicht um Parteien, sondern vorwiegend um Personen, die kurzlebige Wahlbündnisse gründen, mit diffusen Namen wie »Front für die Loyalität«, »Front für den Sieg« oder »Föderale Bewegung für mehr Wachstum«.

Die Gründe für die jüngeren Veränderungen im Parteiensystem sind vielschichtig. Das Problem der **Radikalen** liegt darin, daß ihr Patron, der erste demokratisch gewählte Präsident nach der Militärdiktatur, Raúl Alfonsín, eine programmatische und personelle Erneuerung der Partei verhindert hat. Die dominante Führerfigur hat keinen glaubwürdigen starken Kandidaten für die Nachfolge geduldet und im Unterschied zu Duhalde erst recht keinen aufgebaut. Der eigentliche Niedergang der UCR begann bereits Anfang der neunziger Jahre, als Alfonsín einen Kurs der Annäherung an die Regierung Menem befürwortete. Im Namen der UCR unterzeichnete Alfonsín im Dezember 1993 mit den Peronisten den »Pakt von Olivos«, der den Weg für eine Verfassungsreform frei machte, die unter anderem die Wiederwahl Menems ermöglichte. Mit diesem Kompromiß verlor die Partei bereits zum damaligen Zeitpunkt an Rückhalt in der Bevölkerung. Der Sturz des von ihr gestellten Präsidenten de la Rúa im Dezember 2001 dürfte der Partei den Todesstoß versetzt haben.

Allein durch die Schwäche der UCR haben die **Peronisten** an Stärke gewonnen. Paradoxerweise war die bedeutendste Partei Argentiniens, die PJ, die traditionell etwa 40% der Stimmen erzielte, bei den Präsidentschaftswahlen gar nicht erst vertreten, da laut Wahlgesetz jede Partei nur einen Kandidaten nominieren darf und daher keiner der drei peronistischen Kandidaten das Parteiemblem für sich in Anspruch nehmen konnte. Dennoch verfügt die peronistische Partei landesweit über den größten Machtapparat und ist mit Hilfe von Wahlgeschenken noch immer in der Lage,

die größte Anzahl an Wählern für sich zu mobilisieren. Der hauptsächlich von Duhalde gesteuerte Machtapparat hat sich gegenüber den übrigen Kandidaten als klarer strategischer Vorteil erwiesen.

Es ist eher unwahrscheinlich, daß die gegenwärtige formelle Spaltung der Partei von Dauer sein wird. Der Niedergang des Menemismo ist ein Indiz dafür, daß sich die Diagnose des Parteigründers Domingo Perón am Ende bewahrheiten könnte: »Wir Peronisten sind wie die Katzen. Wenn alle denken, daß wir uns streiten, sind wir dabei, uns zu reproduzieren«. Angesichts verkrusteter innerparteilicher Strukturen und jahrelang geübter Klientelpraktiken ist es hingegen weitaus schwieriger, die Frage zu beantworten, ob dem Peronismus unter Präsident Kirchner die dringend gebotene Erneuerung gelingen wird.

Herausforderungen der Regierung Kirchner

Néstor Kirchner steht für eine Mitte-Links-Politik und die Fortsetzung des erfolgreichen Krisenmanagements von Wirtschaftsminister Roberto Lavagna. Die größte Herausforderung der neuen Regierung besteht in der doppelten Aufgabe, gleichzeitig die immense Außenschuld zu bedienen und die soziale Misere zu lindern.

Präsident Kirchner tritt ein schweres Erbe an. Die Krise vom Dezember 2001 und die Bankrotterklärung des Landes haben den argentinischen Mythos zerstört. War das alte Argentinien eher europäisch, ist das neue lateinamerikanisch: Verschuldung, Korruption, Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Armut kennzeichnen die aktuelle Lage. Um die dringend notwendigen umfassenden Reformen durchzuführen, ist die neue Regierung auf einen starken Bündnispartner oder aber auf Teillanzenzen mit der Opposition angewiesen. Und selbst wenn sie die nötige Unterstützung erhält, wird sie kaum in der Lage sein, bis zum Ende ihrer Amtszeit 2007 die immensen Probleme des Landes in den Griff zu bekommen.

Politischer Reformdruck. Der Abtritt von Carlos Menem war ein neuerliches Exempel der argentinischen Praxis, die demokratischen Institutionen für die eigenen politischen Ziele zu instrumentalisieren. Um die Glaubwürdigkeit der argentinischen Demokratie wiederherzustellen, sind eine Reihe von politischen Reformen erforderlich. Es bedarf vor allem einer unabhängigen, effizienten Justiz, eines transparenteren und weniger korrupten Parlaments sowie einer Neuordnung der Beziehungen zwischen Zentralregierung und Provinzgouverneuren, die durch ihr Veto wichtige politische Entscheidungen verhindern können. Ein von Duhalde im November 2002 abgeschlossener Pakt mit den Provinzregierungen schafft die Voraussetzung für die von Kirchner angekündigte Konsenspolitik.

Ökonomische Herausforderungen. Seit Beginn der neunziger Jahre hat sich die Auslandsverschuldung mehr als verdoppelt; derzeit beträgt sie etwa 120% des BIP. Argentinien ist von den internationalen Finanzmärkten abgekoppelt: Im Dezember 2001 erklärte das Land seine Zahlungsunfähigkeit. Auswege aus der Schuldenfalle gibt es kaum. Kapitalrückführung, Sanktionen gegen Unternehmen, die Geld ins Ausland transferieren, und ein Teilschuldenerlaß für den argentinischen Staat lindern allenfalls die Not, beseitigen sie aber nicht. Die neue Regierung muß bis Ende August ein Umschuldungsabkommen mit dem IWF aushandeln, um das Land wieder an die internationalen Finanzmärkte anzukoppeln. Der IWF sendete zunächst positive Signale: Die stellvertretende Direktorin Anne Krüger bescheinigte Minister Lavagna eine beachtliche wirtschaftliche Stabilisierungsleistung (*La Nación*, 16.5.2003). Auf der Grundlage einer Einigung mit dem IWF, der einen Anteil von 36% an den Außenständen hat, könnten dann die Verhandlungen mit den übrigen Gläubigern beginnen, viele davon private Besitzer argentinischer Staatsanleihen.

Die einzige Chance für eine langfristige Sanierung Argentiniens wäre nach Ansicht

von Ökonomen eine Streichung von 80% der Schulden und die Umschuldung der verbleibenden Außenstände. Das sieht auch die neue Regierung so: Präsident Kirchner plädiert für ein Entschuldungsverfahren und besteht auf einer möglichst langgestreckten Tilgung der ausstehenden Restsumme, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Trotz offener Schuldenfrage hinterläßt die Regierung Duhalde ein weniger düsteres wirtschaftliches Szenario, als viele erwartet haben: Angesichts der befürchteten Hyperinflation war der Anstieg der Inflationsrate im vergangenen Jahr mit 34% moderat, der »wirtschaftliche Frühling« sorgte für eine leichte Erholung, und der Peso gewann gegenüber dem Dollar wieder an Wert. Im vergangenen Jahr erzielte Argentinien erstmals wieder einen Zahlungsbilanzüberschuß von 8,9 Milliarden Dollar, die Exporteinnahmen waren um 16,9 Milliarden höher als die Kosten der Wareneinfuhr. Nach Jahren der Rezession rechnet man für das erste Halbjahr 2003 wieder mit einem Wachstum von 5%. Verantwortlich hierfür sind die Wiederbelebung der nationalen Industrie, hohe Ernteerträge und die damit (und mit der Abwertung) verbundenen Exportsteigerung.

Nach der traumatischen Abwertung des Peso im Januar 2002 haben sich zwei Wirtschafts- und drei Finanzminister daran versucht, auf den Pfad des Wirtschaftswachstums zurückzukehren. Dem alten und neuen Wirtschaftsminister Robert Lavagna scheint dies unter den gegebenen Umständen gelingen zu sein: Der Aufschwung im zweiten Halbjahr 2002 eröffnete die Möglichkeit, den *corralito* (die Einfrierung der Konten) zunächst für Giro-Konten, dann für Spareinlagen aufzuheben, ohne einen Bankencrash auszulösen. Bisher hat der nüchterne Wirtschaftsminister Lavagna bewiesen, daß in Argentinien Stabilität ohne Konvertibilität möglich ist. Die schwierigste Aufgabe, die Regelung der Schuldenfrage, hat er jedoch noch vor sich.

Sozialer Niedergang. Noch in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts zählte Argentinien zu den reichsten Ländern der Erde. Bis Ende 2001 erzielten die Argentinier trotz Rezession das höchste Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas, danach mußten sie diesen ersten Rang an die Chilenen abtreten. Heute beträgt der Anteil der als arm geltenden Menschen im Großraum Buenos Aires 54% und landesweit sogar 57%. Im Land mit der zweitgrößten Agrarproduktion Lateinamerikas erinnern tägliche Meldungen über hungerleidende Kinder an die stete »Lateinamerikanisierung« Argentinien. Die Realeinkommen sind in den letzten Jahren um 30% gesunken, das BIP ging im Krisenjahr 2002 um 12% zurück. Dafür stieg die Arbeitslosenrate auf 25% an.

Duhaldes Rezept gegen Armut und soziale Unzufriedenheit war der mit 2,1 Milliarden Dollar dotierte Sozialfonds »Plan Jefes y Jefas de Familia«, der monatliche Zahlungen von umgerechnet etwa 50 Euro pro Familie vorsieht. Etwa zwei Millionen Arbeitslose erhalten Unterstützung aus dem Nothilfeprogramm, das geschaffen wurde, um eine soziale Explosion zu vermeiden. Kirchner will das Programm fortsetzen. Wie es aber nach Wiederaufnahme des Schuldendienstes finanziert werden soll, bleibt ungewiß.

Außenpolitische Implikationen. Kirchner hat nur wenig internationale Erfahrung. Außenpolitik assoziiert er vorwiegend mit Südamerika und Europa. Er wird die Politik seines Vorgängers fortsetzen: Stärkung des Mercosur und Bevorzugung Europas gegenüber den USA. Schon vor seinem Wahlsieg sicherte er sich durch einen Besuch in Brasilien die Unterstützung von Präsident »Lula«. Während der fast zweistündigen Unterredung betonte Kirchner: »Unsere Haltung ist absolut pro Mercosur, und wir haben die Hoffnung, einen neuen wirtschaftlichen und politischen lateinamerikanischen Block schaffen zu können«. Der südamerikanische außenpolitische Schwerpunkt und der »Antrittsbesuch« bei Lula deuten darauf hin, daß sich Brasilien vom

einstigen Rivalen zu einer von Argentinien anerkannten Führungsmacht in der Region entwickelt. Außenpolitisch wird Argentinien im Fahrwasser Brasiliens schwimmen und die Allianz mit seinem wichtigsten Handelspartner stärken.

Szenarien

Trotz ausgefallener Stichwahl waren die Präsidentschaftswahlen ein weiterer Schritt zurück zu Kontinuität und Normalität in einem Land, das sich seit Ende 2001 im Ausnahmezustand befindet. Durch sein Image als Marionette Duhaldes läßt Néstor Kirchner zwar keine politische Erneuerung erwarten, mit seiner Wahl sind aber immerhin die Dinosaurier des Peronismus abgelöst worden. In seiner ersten Rede als nominierter Präsident kündigte Kirchner die Beendigung eines »historischen Zyklus an, der geprägt gewesen sei von missionarischen, fundamentalistischen Führern«.

Kabinett Kirchner

<i>Kabinettschef</i>	Albert Fernández
<i>Außenbeziehungen</i>	Rafael Bielsa
<i>Wirtschaft/Produktion</i>	Roberto Lavagna
<i>Inneres</i>	Aníbal Fernández
<i>Verteidigung</i>	José Pampuro
<i>Justiz und Sicherheit</i>	Gustavo Beliz
<i>Erziehung/Bildung</i>	Daniel Filmus
<i>Sozialentwicklung</i>	Alicia Kirchner
<i>Arbeit/Sozialversicherung</i>	Carlos Tomada
<i>Planung/Dienstleistungen</i>	Julio de Vido
<i>Gesundheit</i>	Ginés González

Am 20. Mai gab er sein künftiges Kabinett bekannt. Dessen Zusammensetzung spricht für eine Fortsetzung der Politik seines Vorgängers (vier Minister bleiben im Kabinett), aber nicht für eine Regierung des nationalen Konsenses. Die Kabinettsmitglieder sind ausschließlich Peronisten aus dem Umkreis Duhaldes und Kirchners; die Opposition ist nicht vertreten. Überraschend war die Nominierung des international relativ unerfahrenen renommierten Juristen Rafael Bielsa zum neuen Außenminister. Sie dürfte darauf hin-

deuten, daß der anerkannte Vizeaußenminister Martín Redrado – ein Verfechter des Mercosur – der eigentliche Architekt der Außenpolitik bleiben könnte. Ob Kirchner in der Lage ist, mit diesem Kabinett das Land zu regieren, läßt sich frühestens Ende 2003 beurteilen, nach den Parlamentswahlen und den Verhandlungen mit dem IWF. Langfristig sind zwei Szenarien denkbar:

Konsensregierung. Ein breiter Rückhalt für Präsident Kirchner und eine von ihm betriebene Politik des Konsenses mit der Opposition sichern politische Stabilität. Voraussetzung wäre eine Politik, die nicht mehr ausschließlich auf den Ausbau persönlicher Machtressourcen abzielt, sondern kollektive Interessen definiert und Strategien zur Überwindung der Krise entwickelt. Dazu müßte Kirchner allerdings aus dem Schatten von Duhalde treten und Allianzen innerhalb des Peronismus und mit der Opposition bilden.

Unregierbarkeit. Das von Menem provozierte und von ihm prophezeite Szenario der *ingobernabilidad* wäre eine Konsequenz der zweifelhaften demokratischen Legitimität des Präsidenten. In diesem Negativszenario würden Kirchners Bemühungen um die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit an seiner eigenen Führungsschwäche und/oder an der Blockadepolitik der Opposition sowie an der Spaltung innerhalb des Peronismus scheitern. Nicht zuletzt haftet dem blassen Kirchner das Image eines Fernando de la Rúa an, der zum Rücktritt gezwungen wurde, auch wenn darin ein entscheidender Unterschied zu de la Rúa besteht, daß Kirchner Peronist ist. 68% der Argentinier glauben nicht an die Unregierbarkeit, sondern sind der Ansicht, der Rückzug Menems habe Kirchner gestärkt.

Welches der beiden Szenarien eintreten wird, ist maßgeblich von der Geschicklichkeit des Präsidenten und der Bereitschaft der übrigen politischen Akteure zur Bildung von Allianzen abhängig. Momentan ist die sicherste Prognose die Fortsetzung der konstanten Instabilität in Argentinien.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364